

herauszuarbeiten und dazu konkrete Maßnahmen für ein halbes Jahr festzulegen. Vor der Leitung der Parteiorganisation des Rates geben die APO und die Ratsmitglieder gemeinsam Rechenschaft. In die Berichterstattung ist einbezogen, was für Schlußfolgerungen die Mitgliederversammlungen der APO dazu bereits beraten und getroffen haben.

Auch der Einsatz ehrenamtlicher Kommissionen wird zur Wahrnehmung des Rechts auf Parteikontrolle genutzt. So sind zum Beispiel in der Parteikommission „Territoriale Rationalisierung“ Genossen der APO der Stadtplankommission, der Abteilungen Gesundheits- und Sozialwesen, Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, Handel und Versorgung, Kur- und Erholungswesen, Umweltschutz und Wasserwirtschaft, des Stadtbauamtes und des Amtes für Arbeit vertreten. Aus Tagungen der Stadtverordnetenversammlung, Ratssitzungen usw. leiten die Genossen dieser Grundorganisation kontrollfähige Schlußfolgerungen für die Parteiarbeit zur Realisierung der staatlichen Aufgaben ab. Die Parteiorganisation im Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder) stellt vor allem solche wichtigen Fragen wie den Kampf der Genossen um die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms, die Kaderarbeit und die Haltung der Parteimitglieder zur Arbeit mit den Eingaben der Bürger in den Mittelpunkt der Parteikontrolle. Die regelmäßige Berichterstattung hierüber vor der Parteileitung, in den APO-Leitungen sowie in den Mitgliederversammlungen führt zu regen Streitgesprächen. Viele Hinweise konnten dabei für eine bessere politische und fachliche Arbeit gegeben werden. So führte die Berichterstattung der Genossen des Bezirksbauamtes dazu, daß Leitungsmitglieder der BPO über längere Zeit dieser APO halfen. Sie nahmen aktiv am politischen Leben der APO teil, Einfluß auf größere

politische Aktivitäten und die Verbesserung der Arbeit im Bezirksbauamt.

Die Kontrolle der Arbeit mit den Eingaben der Bürger durch die Grundorganisation des Rates des Bezirkes Neubrandenburg führte zu Schlußfolgerungen für die konsequente Durchsetzung des Eingabengesetzes. Angeregt durch die Parteiorganisation, werden größere Anstrengungen unternommen, die Rechtskenntnisse aller Mitarbeiter zu vertiefen. Beharrlich drängt die Grundorganisation darauf, daß das persönliche Gespräch an Ort und Stelle zur Klärung der Anliegen der Bürger für jeden Genossen und jeden Mitarbeiter zum ständigen Prinzip wird. Die Realisierung des Kontrollrechts ist keine leichte Aufgabe. Mittlerweile aber liegen darüber gesicherte Erfahrungen vor. Das Kontrollrecht dient der Durchführung der Parteibeschlüsse. Es gehört zur normalen Arbeit jeder Grundorganisation, jeder APO, jeder Parteigruppe, jeder Parteileitung. Jeder Genosse trägt für die Durchführung der Beschlüsse der Partei Verantwortung — jeder hat über seinen persönlichen Anteil in Mitglieder Versammlungen und in den Parteigruppen abzurechnen. Damit wirkt die Kontrolle auf die Einheit von Wort und Tat. Das Kontrollrecht darf sich also im Interesse einer breiten parteierzieherischen Wirkung nicht auf Berichte vor der Parteileitung beschränken.

Es geht um die parteiliche Haltung

Das Kontrollrecht wird dort am wirksamsten wahrgenommen, wo festliegt, welche Aufgaben vorrangig sind und demzufolge zur rechten Zeit mit richtigem Ziel kontrolliert werden müssen. Ausgangspunkt sind die Parteibeschlüsse, deren Inhalt nicht verzerrt oder entstellt werden darf. Die Parteikontrolle fördert die Auseinandersetzung mit Unzulänglichkeiten bei der Verwirkli-

Das scheint mir bedeutungsvoll, weil wir von Jahr zu Jahr feststellen, daß unsere Schüler mehr Fragen stellen. Wir werten diesen Tatbestand unbedingt positiv, denn: Fragende Schüler sind denkende Schüler.

Für mich führte das zwangsläufig zu zwei Konsequenzen. Einmal muß die konzeptionelle Vorbereitung des Parteilehrjahres rechtzeitig erfolgen. Zum anderen gilt es, nicht erst auf Fragen zu warten, sondern in der gesamten propagandistischen Tätigkeit solche Schwerpunkte zu wählen, die offensiv unsere Politik und Ideologie darlegen.

In einer Schulparteiorganisation muß das mit den Genossen und Kollegen so erfolgen, daß sie anschließend die gewonnenen Kenntnisse und Erkenntnisse an ihre Schüler weitergeben können. Und hier unterrichtet der eine eben sechsjährige und der andere sechzehnjährige. Es kommt also in unserem Parteilehrjahr und in der gesamten Arbeit der Grundorganisation darauf an, jeden Kollegen für die politische Arbeit mit den Schülern zu befähigen.

Wir haben Schwerpunkte gewählt wie: Die Bedeutung der 30jährigen Entwicklung der DDR für die Stär-

kung des Sozialismus und die damit verbundenen geschichtlichen Lehren. Damit unterstützen wir die Entwicklung des Geschichtsbewußtseins bei unseren Jugendlichen. Die Erfolge, Vorzüge und Eigenschaften der entwickelten sozialistischen Gesellschaft richtig vermittelt, unterstützen das bewußte Handeln unserer Schüler. Mit der Darstellung der Aggressivität des Imperialismus, seines menschenfeindlichen Wesens befähigen wir die Schüler zur selbständigen Auseinandersetzung mit der imperialistischen Politik und Ideologie.